

Rat fordert Atomwaffenverbot

Kriegsmaterial Der Bundesrat muss so rasch wie möglich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und dem Parlament zur Genehmigung vorlegen. Der Ständerat hat gestern einer Motion aus dem Nationalrat zugestimmt – gegen den Willen des Bundesrates. Mit dem Entscheid stellt sich der Ständerat auch gegen seine vorberatende Kommission. Diese hatte einen Marschhalt beim UNO-Abkommen gefordert.

Das sei keine Absage an eine atomwaffenfreie Welt, versicherte Damian Müller (FDP/LU) im Namen der Kommission. Es gelte jedoch, verschiedene technische, rechtliche und politische Aspekte zu klären. Der Vertrag sei mangelhaft. Die Kommission schlug vor, dass der Bundesrat bis Ende 2020 eine neue Standortbestimmung vornimmt und dann entscheidet, ob die Schweiz den Vertrag unterzeichnet. Dieses Vorgehen überzeugte den Ständerat nicht. Daniel Jositsch (SP/ZH) argumentierte, die Kritik am Vertrag sei taktischer Natur. Es gebe viele Wege, ein Ziel zu erreichen, aber nichts zu tun, gehöre nicht dazu.

Der Bundesrat hatte im August beschlossen, den Vertrag nicht zu unterzeichnen. Die Gründe gegen einen Beitritt der Schweiz überwiegen die potenziellen Chancen, argumentierte Aussenminister Ignazio Cassis im Ständerat. (sda)